

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Europa im Umbruch – auf Kosten der Dritten Welt und der Umwelt?

Interessante Podiumsdiskussion im Haus Gutenberg über den Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung – EG und Osteuropa im Mittelpunkt

(G.M.) – Ob der Umbruch in West- und Osteuropa auf Kosten der Dritten Welt und der Umwelt geht, wie das im Titel der Podiumsdiskussion im Haus Gutenberg geschrieben stand, blieb am Ende unbeantwortet. Dennoch entspann sich, vor allem am Schluss, eine interessante Diskussion über die Vorstellungen, wie der Dritten Welt geholfen werden könnte. Dabei zeigte sich allerdings, dass die wenigsten Diskussionssteilnehmer frei von Ideologien, Wunschvorstellungen oder Fehlinformationen sind. Positiv jedoch der Ansatz, dass die Bereitschaft zur Hilfe vorhanden ist.

Diskussionsleiter Pater Alfons Bauser ging in seinen einleitenden Worten von den Umwälzungen in Osteuropa und in der Sowjetunion aus, deren Ende vorerst noch nicht abzusehen sind, weshalb ein Teil der Euphorie aus dem Jahre 1990 bereits verfliegen sei. Der Bau des «europäischen Hauses», wie es Gorbatschow formuliert hatte, klingt nach seinen Worten nicht mehr so überzeugend wie am Anfang. Auf der anderen Seite stehe die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder die Eingliederung der EFTA-Staaten in die EG. Und damit ergeben sich nach seinen Ausführungen einige Fragen, die im Verlaufe der Podiums- und Publikumsdiskussion geklärt werden sollten. Was passiert mit dem grossen Wirtschaftsblock Europa? Wie sieht die Situation für die Dritte Welt aus? Wird das wirtschaftlich starke Europa nicht noch mehr Energie oder Ressourcen auf Kosten der anderen verbrauchen?

Liechtenstein muss sich einbringen

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nahm das Stichwort «Kleinstaat in einem grossen Europa» auf und erklärte, wenn Liechtenstein ein Staat sein wolle, so müsse es seine Position in die Verhandlungen mit einbringen. Er stützte seine These in der Geschichte ab, in der Liechtenstein gelernt habe, von grösseren Partnern dominiert zu werden. Die EWR-Diskussion hat für unser Land nach seinen Worten einen wirtschaftlichen, einen innenpolitischen und einen bilateralen Aspekt: Es gelte den Finanzplatz Liechtenstein zu erhalten, sich anzupassen an die Normen der EG-Gesetzgebung und die Frage des Zollvertrags zu lösen. Wenn die Schweiz dem EWR nicht beitrete, so wolle Liechtenstein den Zollvertrag aufrechterhalten, wenn die Schweiz dem EWR beitrete, so müsse versucht werden, gemeinsam den Zollvertrag in den EWR einzubringen. Auf den Kleinstaat Liechtenstein kämen verschiedene Probleme zu, meinte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, die es in nächster Zukunft zu lösen gelte.

Integration zur Friedenssicherung

Die Priorität der EG sieht Ing. Peter Frick, Präsident der Industrie- und Handelskammer, derzeit eher in Osteuropa als in der Schaffung des EWR. Die Umwälzungen in Osteuropa verlangten nach einem Einbezug dieser Staaten in die europäischen Überlegungen, da sonst aufgrund des grossen Gefälles zwischen Ost und West eine riesige Abwanderung in Gang kommen könnte. Für die Industrie in unserem Land ändert die Schaffung des Binnenmarktes 1992 nach seiner Auf-



Podiumsdiskussion über «Europa im Umbruch – auf Kosten der Dritten Welt und der Umwelt?» im Haus Gutenberg. Von links Ing. Peter Frick, Präsident der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Diskussionsleiter Pater Alfons Bauser und Anton Vogt, Mitglied der Geschäftsleitung der Balzers AG. (Bild: Beat Schurte)

fassung wenig, da der Warenverkehr in Europa bereits voll liberalisiert ist. Doch gelte es für die liechtensteinische Industrie die guten Rahmenbedingungen zu erhalten, damit weiterhin konkurrenzfähig exportiert werden könne. Etwas zurückhaltend äusserte er sich über den liechtensteinischen EWR-Beitritt: Beitreten könne man immer noch, doch nach einem Beitritt sei der Ausstieg praktisch nicht mehr möglich. Nicht nur wirtschaftliche Aspekte hat die Integration in Europa für Anton Vogt, Mitglied der Ge-

schaftsleitung der Balzers AG. Nach seiner Ansicht kann die Integration auch zur Friedenssicherung beitragen. Ausserdem werde durch die Vereinheitlichung der Normen ein riesiges Potential frei, sobald die Anpassungsprobleme überwunden seien.

Ökologie und Dritte Welt

Vor diesem wirtschaftlich geprägten Ausgangspunkt der Diskussion war es schwierig, die Aspekte der Ökologie und der Dritten Welt zu beleuchten. Die Dis-

kussion unter den Podiumsteilnehmern und vor allem mit dem Publikum gestaltete sich in der Folge zu einem Meinungsaustausch über Einzelfragen, wobei die Frage nicht geklärt werden konnte, ob das grössere Machtpotential eines vereinigten Europas und die Wirtschaftskraft der West- und Osteuropäer nicht schliesslich zulasten der Ökologie und auf Kosten der Armen auf dieser Welt gehen würde. Aber wertvolle Ansätze zu weiteren Diskussionen hat diese Veranstaltung zweifellos gegeben.

Hat Liechtenstein UNO-Verpflichtungen im Golfkrieg?

Pressegespräch am Dienstagabend mit der Regierung – Verschiedene Themenbereiche angesprochen

(G.M.) – Hat Liechtenstein mit der UNO-Mitgliedschaft gewisse Verpflichtungen im Golfkrieg zu erfüllen? Wie geht es weiter mit der Planung des Regierungsviertels in Vaduz? Wird die Planung der Umfahrung Schaanwald bis Nendeln weitergeführt? Diese und andere Fragen standen beim monatlichen Pressegespräch mit der Regierung am Dienstagabend zur Diskussion.

Dem Fürstentum Liechtenstein erwachsen aus der UNO-Mitgliedschaft keine Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, betonte Regierungschef Hans Brunhart auf eine entsprechende Frage.

UNO-Boykottmassnahmen

Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zustimmung Liechtensteins zu den UNO-Boykottmassnahmen gegen Irak, die bereits vor der offiziellen Aufnahme in die UNO erfolgte. Möglicherweise werden aber Verpflichtungen auf Liechtenstein im Gefolge des Golfkrieges zukommen, wenn es um Aufbauhilfe oder die Flüchtlingsproblematik geht. Regierungschef Brunhart verneinte auch,

dass liechtensteinische Firmen in Irak-Lieferungen trotz Embargo verwickelt seien zumindest sei der Regierung nichts davon bekannt.

Planung Regierungsviertels

Die Planung des Regierungsviertels ist nach den Ausführungen des Regierungschefs wohl fortgeschritten seit der negativen Abstimmung über die Verkehrsführung auf der Aeule-Strasse, doch die Bodenverhandlungen mit der Fürst von Liechtenstein-Stiftung sind immer noch nicht abgeschlossen. Bekanntlich plante die Regierung das Regierungsviertel, ohne im Besitze eines Stücks Bodens zu sein, das für die Erstellung des geplanten Regierungsviertels erforderlich ist. Nach Ankündi-

gung des Regierungschefs soll der Landtag bald im Besitze eines entsprechenden Kreditantrags sein, nachdem die Stiftung ihre grundsätzliche Bereitschaft für ein Uebereinkommen signalisiert habe.

Umfahrung Schaanwald

Die Umfahrung Schaanwald liegt als Projektstudie vor, wie Regierungschef Brunhart auf eine andere Frage ausführte, doch soll sie nach dem Willen der Regierung auf den Ortsteil Schaanwald beschränkt bleiben. Zur Diskussion steht allerdings zur Zeit immer noch die Ueber- und Unterführung der Bahnlinie Nendeln. Nach Ansicht des Regierungschefs sollten diese beiden Punkte nicht verknüpft werden.

Erster Schritt für St. Gallen

St. Gallen (spk) Der St. Galler Regierungsrat befürwortet die vorgesehene Straffung des Plangenehmigungsverfahrens bei Eisenbahn-Grossprojekten, damit das Konzept Bahn 2000 zeitgerecht verwirklicht werden kann. Der angestrebte dringliche Bundesbeschluss wird jedoch nur als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer allgemeinen Überprüfung solcher Regelungen betrachtet.

Die vorgesehenen Massnahmen werden an sich begrüsst. Die mit dem Entwurf angestrebten Ziele gälten jedoch gleicherweise für andere Projekte im öffentlichen Interesse, heisst es in der am Dienstag veröffentlichten Vernehmlassung. Vor allem seien auch beim Plangenehmigungsverfahren für Starkstromanlagen Verbesserungen im Verfahren dringend geboten, zumal die Förderung des Eisenbahnverkehrs ein leistungsfähiges Netz für die Stromübertragung voraussetze.

Neue Dynamik in den EWR-Verhandlungen?

Die EFTA sieht erhebliche Fortschritte – EWR-Vertrag bis Sommer?

(G.M.) – Die EFTA gibt sich in bezug auf die Schaffung eines EWR-Vertrages zuversichtlich: Nach einer Mitteilung der EFTA wurden bei der letzten gemeinsamen Tagung der EG und der EFTA in Brüssel «erhebliche Fortschritte» erzielt. Die Organisation gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass «das EWR-Abkommen noch vor dem Sommer 1991 unterzeichnet wird».

Am 1. Januar 1991 hat Österreich von der Schweiz den Vorsitz im EFTA-Rat übernommen. Nach sechs Monaten wird dieser Vorsitz turnusgemäss an Finnland übergehen. Unter der Leitung des österreichischen Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wolfgang Schüssel, wird sich der EFTA-Ministerrat am 1. März zu einer informellen Tagung in Genf treffen. Hauptpunkt der Konferenz soll der EWR-Vertrag sein, doch wollen die EFTA-Minister auch die Beziehungen der EFTA zu den osteuropäischen Staaten erörtern.

Die gemeinsame EFTA-EG-Ministertagung vom 19. Dezember 1990 hat den EWR-Verhandlungen nach EFTA-Ansicht eine «neue Dynamik» verliehen. Damals hatten die EFTA- und EG-Minister ihr Interesse an der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes umrissen, aber auch einige Details des in Aussicht genommenen Vertrages umrissen. Die Verhandlungsgruppe auf hoher Ebene, die vor wenigen Tagen in Brüssel tagte, stimmte nach einer EFTA-Mitteilung einer Intensivierung der Verhandlungen zu und bekräftigte den schon im Dezember 1990 geäusserten Wunsch, das EWR-Abkommen noch vor dem Sommer 1991 zu unterzeichnen. Die wesentlichen Vertragsinhalte sollen bis Ende April fertig sein, so dass das Vertragswerk von den Chefunterhändlern im Mai oder Juni paraphiert werden kann. Die EFTA hat bereits einem Vorschlag zur Einsetzung einer Redaktionsgruppe zugestimmt, die den Auftrag hat, den Wortlaut des Vertrages aufzusetzen.

Neues Gesetz für Staatsgerichtshof

Vernehmlassung bis 30. April

(pafl) – Die Regierung hat den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, dem Rechtsanwaltsverband und weiteren interessierten Kreisen den Entwurf für die Schaffung eines neuen Staatsgerichtshof-Gesetzes zur Prüfung und Stellungnahme zugestellt. Für die Vernehmlassung, die bis zum 30. April 1991 läuft, können weitere Exemplare des Vernehmlassungsentwurfes beim Ressort Justiz der Regierung bezogen werden.

Das neu zu schaffende Staatsgerichtshof-Gesetz soll in Zukunft das Gesetz über den Staatsgerichtshof aus dem Jahre 1925 ersetzen. Dieses hat entsprechend Art. 104 der Verfassung die näheren Bestimmungen über die Einrichtung, Funktion und Kompetenzen, Verfahren und Entscheidungswirkung des Staatsgerichtshofes getroffen. Aus gewichtigen sachlichen wie rechtlichen Gründen war es angezeigt, eine umfassende Gesetzesrevision anzugehen. Dabei wurden die in der Praxis bewährten bisherigen Regelungen der Rechtsvorschriften über den Staatsgerichtshof und dessen Rechtsprechung den Arbeiten zugrundegelegt sowie Vergleiche mit analogen Regelungen der Verfassungsgerichtsbarkeit Österreichs, des Bundesdeutschen Verfassungsgerichtes und des Schweizerischen Bundesgerichts gezogen. Schon die zahlreichen Änderungen und die Berücksichtigung der im Landtag und im Gerichtshof selbst als erforderlich erachteten Neuerungen liessen eine Novellierung des über 60 Jahre alten Stammgesetzes mehr als ratsam erscheinen. Zudem kann den rechtsstaatlichen Erfordernissen und den staatspolitischen Sachgegebenheiten nur mit einer vollständigen Neufassung Rechnung getragen werden.

Chur: Kursänderung am Priesterseminar

Chur (spk) Bischof Wolfgang Haas hat endgültig entschieden: Das Priesterseminar St. Luzi, in dem bisher auch Laien-theologinnen und -theologen während ihrer Ausbildung wohnen konnten, wird zum reinen Internat für Priesteramtskandidaten umfunktioniert. Regens Franz Annen, der diese Kursänderung nicht unterstützt, wird auf Ende des laufenden Studienjahres abberufen.

Wie Annen am Dienstag mitteilte, habe er am Samstag mit Bischof Haas ein ausführliches Gespräch geführt. Haas habe den Vorschlag der Professorenschaft der Theologischen Hochschule Chur (THC) abgelehnt, der ein mindestens fünfjähriges Moratorium, verbunden mit einer längerfristigen Planung durch eine Kommission mit Mitgliedern des Ordinariats, des Seminars, der THC und des Priesterrates, vorgesehen hätte.

Bischof Wolfgang Haas wolle schon jetzt die ersten konkreten Schritte tun und sein Vorhaben, St. Luzi zu einem «eigentlichen» Priesterseminar umzugestalten, in die Tat umsetzen, schreibt Annen. Wie schon früher zugestanden, dürften die Laien-theologinnen und -theologinnen, die bereits im Seminar wohnen, bis zum Ende ihres Studiums dort bleiben.

DENNER-Satellit
für privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SICHERHEITSHALBER
IN IHRER NÄHE.



ZURICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Sele
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz
Telefon 075/2 43 33